

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 1 • 70. JG, MÄRZ 2019

ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz

„Es steht viel auf dem Spiel“

Europawahl am 26. Mai

Seite 4



Foto: Daniel Leitner

Hannes Heide:
Ein Bürgermeister
für Europa

Seite 6

Landflucht:
Kein Wachstum
ohne Zuwanderung

Seite 8

Gewalt:
Es braucht
neue Männlichkeit

Seite 12

WOHNDERBAR.



Die Hypo Wohubau-Finanzierung für Ihr neues Zuhause.

**BESTE
KONDITIONEN
BEI DER
REALISIERUNG
VON WOHN-
TRÄUMEN**



www.hypo.at vertrieb@hypo-ooe.at Tel. 0732 / 7639 54452

Wir schaffen mehr Wert.



**Punktlandung mit
individuellem Service.
Das finden wir #digitoll.**



*Michael Hayböck
Skisprung-Weltcupsieger und
Vincent Kriechmayr
Abfahrts- & Super-G-Weltcupsieger*

Immer auf dem Sprung. Von einer digitalen Serviceleistung zur nächsten. Punktgenau auf Ihre Bedürfnisse zugeschnitten. Unser eService für Strom und Gas einfach per Mausclick. Für uns steht der Kunde im Zentrum.



Wir denken an morgen

digitoll.energieag.at

Machtspiele vor Publikum

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



Die österreichische Sozialdemokratie hat zum Jahreswechsel den 130. Jahrestag ihres „Einigungsparteitages“ von Hainfeld gefeiert. Ein guter Anlass für ein paar Gedanken zu den Themen Einigkeit und Geschlossenheit bzw. innerparteiliche Diskussion und Pluralität der Standpunkte in der SPÖ. Diese Gedanken haben zudem noch einen aktuellen Anlass. Stichworte dafür sind: Hans-Peter Doskozil und Sicherungshaft.

Im Regelfall wurden Aufrufe zur Geschlossenheit und Einigkeit in den vergangenen Jahren in der österreichischen Sozialdemokratie von „Mächtigen“ eingesetzt. Ihre Politik und ihre Positionen sollten damit vor kritischen Diskussionen bewahrt werden. Geschlossenheit meint hier einfach, geschlossen die Politik der Führung zu unterstützen. Und das widerspricht dem demokratischen Charakter der Sozialdemokratie.

„Das ist kein Aufruf zur demokratischen Debatte.“

Hans-Peter Doskozil hat nun in der politischen Debatte um die Sicherheitsverwahrung darauf beharrt, dass die SPÖ erstens keine Einheitspartei sei und er zweitens weiterhin – auch medial – seine Position zur Sicherheitsverwahrung von „Gefährdern“ verbreiten werde. Das ist, fürchte ich, kein wirklicher Aufruf zur demokratischen Debatte in der SPÖ. Es geht Doskozil wohl darum, eine mächtige persönliche Sonderstellung innerhalb der Sozialdemokratie für sich in Anspruch zu nehmen. Andererseits geht es auch darum, seine politische Meinung innerhalb der SPÖ durchzusetzen – auch gegen den Willen der Parteivorsitzenden.

So ist innerparteiliche Demokratie nicht gemeint. Das sind bloß die üblichen Machtspiele innerhalb der Sozialdemokratie.

Inhalt

- 4 Europa:** Wie viel bei der anstehenden EU-Wahl auf dem Spiel steht, erklärt der scheidende EU-Abgeordnete Josef Weidenholzer.

- 6 Interview:** Der öö Spitzenkandidat zur EU-Wahl, Hannes Heide, legt im Interview mit dem Bildungskurier seine Motivation dar.

- 8 Landflucht:** Was gegen den Bevölkerungsschwund in ländlichen Regionen zu tun ist, beschreibt die Migrations-Expertin Elisabeth Gruber.

- 9 Immigration:** Warum humanitäre Visa Schutz für beide Seiten garantieren, zeigt die Sozialwirtschafterin Rebecca Kampf auf.

- 10 Kurswechsel:** Kommentar von Andreas Schieder, Spitzenkandidat der SPÖ zur EU-Wahl.

- 11 Soziales:** Der Sozialwissenschaftler Georg Hubmann beleuchtet die Folgen wachsender Ungleichheit in Europa.

- 12 Gewalt:** Was hinter der Gewalt gegen Frauen wirklich steckt, beleuchtet die Soziologin Laura Wiesböck.



4



6



9



12



PEFC zertifiziert
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen
www.pefc.at

gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des österreichischen Umweltzeichens, Gutenberg-Werbing GmbH, UW-Nr. 844



Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/53401-2678-0009

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at

Redaktion: Bernd Döbesberger, Georg Hubmann, Wolfgang Kempfner, Manuel Kreuzer, Gerald Mitterlehner, Annemarie Obermüller, Peter Rohrmoser

Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch

Hersteller: Gutenberg-Werbing Ges.m.b.H.

Nr. 01/19, März, SPÖ ÖÖ-Info-Nr. 1/2019, GZ 02Z032837 M, P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ ÖÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Es steht viel auf dem Spiel

Die demokratischen Kräfte müssen sich bei der EU-Parlamentswahl durchsetzen. Das ist für die Union überlebenswichtig. Nur ein starkes, soziales Europa kann Lösungen voranbringen.

JOSEF WEIDENHOLZER

Wohin wird sich Europa entwickeln? Wir leben in einer Zeit, in der alles möglich ist. Die politischen Entwicklungen sind nicht mehr vorhersehbar. Die Politik ist sehr schnelllebig geworden. Jüngstes Negativbeispiel ist zweifelsfrei der Brexit, den viele EU-Parlamentarier bis zuletzt nicht für möglich gehalten hätten. Sieht man sich in Europa um, so spricht die Situation im Moment nicht unbedingt für einen Wahlerfolg der Sozialdemokratie. In Deutschland, Frankreich und Großbritannien stehen die Parteien vor großen Problemen. Doch die Unvorhersehbarkeit der Politik rückt ein Wiedererleben der 30er Jahre ebenso in den Bereich des Möglichen, wie eine positive Wendung für die europäische Sozialdemokratie.

Ängste und starke Männer

Die fortgeschrittene Globalisierung und ihre Folgen machen den Menschen Angst. Sie haben Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, sie machen sich Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder. Die Älteren haben Angst um ihr Ersparnis und viele haben Angst, weil Fremde in ihr Land kommen. Leider gibt es auf all das keine einfachen Antworten. Der neue Politikertypus, männlich und populistisch, reagiert darauf mit der Ellbogentaktik.

Die scheinbare Lösung: Wir ziehen es durch, egal was es kostet. Zu dieser Politikergattung gehören Orbán in Ungarn, Kaczyński in Polen, Salvini in Italien und die Vertreter der AfD in Deutschland. Global agieren diese Figuren in Brasilien, den Philippinen und den USA.

Keine Rüpel im EU-Parlament

Eine der wenigen Ebenen, wo die Rüpel-Taktik sich noch nicht durchsetzt, wo die Dinge noch normal laufen, ist das Europäische Parlament. Dort kommen wir ohne Ellbogen aus und bringen mit vielen Gesprächen gemeinsam etwas weiter. Die vergangenen Jahre der

„Die Ellbogen-Politiker wollen Europa von innen zerstören.“

EU sind eine Erfolgsgeschichte, die leider in den Medien zu wenig erzählt wird. Wichtige Erfolge sind der Euro, den vor zehn Jahren niemand für überlebensfähig hielt und der nun dem Dollar als Leitwährung fast ebenbürtig ist. Im Vorjahr wurden globale Meilensteine bei Reglementierungen im digitalen Bereich und

DER AUTOR

Josef Weidenholzer ist EU-Abgeordneter und Vizepräsident der europäischen S&D-Fraktion. Nach fast acht Jahren im EU-Parlament verabschiedet er sich in den Ruhestand.



der Roaming-Gebühren gesetzt. Diese Beispiele zeigen, Europa ist die letzte globale Instanz, die etwas weiterbringt. Europa ist immer noch da, trotz der nationalistischen Bremser im Europäischen Parlament und in den Regierungen der Mitgliedstaaten. Durch sie wurde viel Zeit verloren, aber es bewegt sich etwas. Und wenn das EU-Parlament die negativen Kräfte hinter sich lassen könnte, wäre es noch aktiver, dann wäre noch mehr möglich.

Instrumentalisierung der Kriegssopfer

Wahlkampf heißt leider auch, dass wiederum das Flüchtlingsthema instrumentalisiert wird. Die EU habe auf diesem Gebiet versagt, heißt es dann. Doch das Asylpaket des Europäischen Parlaments liegt seit zwei Jahren fertig auf dem Tisch des Rats. Darin enthalten sind Vorschläge zur humanitären Einreise, dem Grenzschutz usw. und all diese Dinge könnte man längst umsetzen, ohne viel Geld in die Hand zu nehmen. Die Regierungschefs in Europa, auch in Österreich, blockieren die Umsetzung!

Die EU-Wahl kann für die Sozialdemokratie ein Leuchttower werden.



Die Ellbogen-Politiker wollen Europa von innen zerstören. Sie wollen nicht, dass sich etwas bewegt. Die Vertreter der ENF (Fraktion rechter Parteien) sind jene EU-Parlamentarier, die zwar permanent die negativen Seiten der Immigration thematisieren, aber bis heute nicht für einen internationalen Haftbefehl oder die internationale Zusammenarbeit der Justizbehörden gestimmt haben. Gerade jene Stimmen in Europa, die für mehr Grenzschutz auftreten, verhindern diesen letztlich, indem sie gegen den Einsatz von 10.000 zusätzlichen Frontex-Mitarbeitern an den Grenzen stimmen.

Das Parlament nach der Wahl

In dieser Stimmung sind die politischen Parteienfamilien hin- und hergerissen. Die Europäische Volkspartei ist gespalten, weil sie Politiker wie Viktor Orbán in Schutz nimmt, mit ihm Deals macht, obwohl ein Teil der Mitglieder das stark kritisiert. Auch die nationalistischen Kräfte im Europäischen Parlament

versuchen Verbündete in Orbáns und Salvinis Lager zu finden. Es ist nicht klar, welche Parteienbündnisse sich nach der Wahl im Parlament zusammenfinden.

„Die Sozialdemokratie soll sich endlich wieder durchsetzen.“

Aber es ist wichtig, dass in diesem neuen Parlament die fortschrittlichen Kräfte gestärkt werden und dass die Sozialdemokratie die größte Gruppe bildet. Die Sozialdemokratie soll sich endlich wieder durchsetzen. Mithilfe der Linken, der Liberalen und der Grünen konnten bereits jetzt Mehrheiten gefunden werden.

Konkret werden!

Ein großes Problem der Sozialdemokratie ist, dass deren Erfolge zu wenig präsent sind. Es scheint fast, dass die

Medien permanent einen Sieg der Rechten herbeischreiben. Es werden Realitäten beschrieben, die so nicht existieren. Wie kann man also den Erfolgskurs von rechts verhindern? Indem Politik sehr konkret wird. Die Menschen wollen, dass Politiker ihnen zuhören, ihre Probleme ernst nehmen und konkrete Lösungen finden. Das kann die Sozialdemokratie viel besser als andere Parteien.

Diese Wahl kann für die Sozialdemokratie ein Leuchtfener werden. Die Umfragewerte gerade bei der jüngeren Generation sind vielversprechend und es gibt Möglichkeiten, die europäische Zukunft positiv zu gestalten. Die europäischen Parlamentswahlen sind traditionell kein Publikumsmagnet. Doch wir dürfen uns die Institution, die unsere Zukunft gestaltet, nicht zerstören lassen. Es ist unsere Verpflichtung, uns jetzt dieser Zerstörung entgegenzustellen. Wer der Sozialdemokratie seine Stimme gibt, will ein sozial gerechtes Europa, wo die Menschen und nicht Konzerne und innenpolitische Taktiken im Mittelpunkt stehen.

SPARKASSE 
Oberösterreich

Wir bewegen Oberösterreich seit **170** Jahren

#glaubandich

www.170jahre.at   

Unser Bürgermeister für Europa

Am 26. Mai finden in Österreich die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Hannes Heide wird bei dieser Wahl bundesweit auf dem fünften Listenplatz der SPÖ kandidieren. Zugleich ist er oberösterreichischer Spitzenkandidat. Im Interview mit dem Bildungskurier erklärt er seine Beweggründe für die Kandidatur.

Bildungskurier: Wie sollte deiner Meinung nach die Zukunft der Europäischen Union aussehen?

Heide: Meine Vision für Europa heißt: Miteinander statt gegeneinander. Denn nur gemeinsam sind die großen Probleme lösbar und große Ziele erreichbar – sei es der Klimawandel und die Flüchtlingsproblematik, sei es ein soziales Europa und ein Europa der Steuergerechtigkeit, das den jungen Menschen Chancen bietet. Und dann geht es schließlich darum, den Frieden zu erhalten und nicht durch rechtsextreme Strömungen zu gefährden. Viele Herausforderungen, denen wir uns in Zukunft zu stellen haben, sind einfach nicht auf nationaler Ebene zu lösen. Das wird dazu führen, dass wir in einigen Bereichen noch stärker zusammenarbeiten müssen.

Bildungskurier: Warum ist es wichtig, am 26. Mai zur EU-Wahl zu gehen?

Heide: Diese Wahl ist eindeutig eine Richtungswahl. Um Europa zu einer sozialen Union umzugestalten, braucht es uns Sozialdemokraten. Wir können ein wichtiger Teil dieser Veränderung sein. Wir sehen in Großbritannien momentan, wohin es führt, wenn man sich von einfachen Botschaften verführen lässt. Was mich bei der ganzen Diskussion um den Brexit auch stört ist die Tatsache, dass immer nur die wirtschaftlichen Folgen und der Warenverkehr angeführt werden. Was ist mit den anderen Freiheiten der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger? Was bedeutet der Brexit für die Bildungsmöglichkeiten der Jugend?

Bildungskurier: Warum hast du dich für eine Kandidatur zur EU-Wahl entschieden? Inwiefern sind die Erfahrungen aus deiner kommunalpolitischen Arbeit nützlich für deine künftigen Aufgaben im EU-Parlament?

Heide: Als Bürgermeister von Bad Ischl bin ich nah bei den Bürgerinnen und Bürgern und bekomme direkt vermittelt, wenn jemandem etwas nicht passt. Oft hat man das Gefühl, die europäische Politik habe sich teilweise von den Menschen entfernt und dieses Europa scheint eines für Konzerne zu sein und nicht mehr eines der Chancen und Möglichkeiten für alle. Deshalb will ich mich engagieren und dafür einsetzen, dass Europa wieder spürbar

„Ich sehe mich als Sprachrohr der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher in Europa.“

wird – auch oder besonders bei den Menschen in den Regionen unseres Landes. Ich sehe mich als Sprachrohr der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher in Europa. Wenn wir den Fokus ändern und verstärkt ein soziales und nachhaltiges Europa forcieren, dann wird Europa für die zukünftigen Herausforderungen erheblich besser aufgestellt sein.

Bildungskurier: Kann die EU für soziale Gerechtigkeit sorgen?



IM INTERVIEW

Hannes Heide

ist 52 Jahre alt. Er lebt in einer Lebensgemeinschaft mit Ines Schiller und dem gemeinsamen Sohn (knapp vier Jahre). Heide war PR-Berater, Tourneemanager für Hubert von Goisern, Geschäftsführer der Kulturplattform Bad Ischl (1994-2003) und Geschäftsführer der Lehar-Theater GesmbH. Bürgermeister der Stadt Bad Ischl ist Hannes Heide seit 2007.

Heide: Sie muss für soziale Gerechtigkeit sorgen. Wenn ein Drittel der Österreicherinnen und Österreicher das Weihnachtsgeld für die Bezahlung ihrer Schulden verwenden müssen, dann verdeutlicht das, dass Teuerung und Kostendruck wieder in den Mittelpunkt rücken. Die Menschen

verspüren von allen Seiten immer mehr Druck. Druck am Arbeitsplatz. Druck, die Familie ernähren zu können. Druck, eine leistbare Wohnung zu finden. Druck, den Kindern eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Wir müssen darauf eine Antwort finden.

Des Weiteren wird auch das Thema Pensionssystem in Zukunft eine wichtige Rolle – auch auf EU-Ebene – einnehmen. Für rund ein Viertel der EU-Bevölkerung sind Renten, vor allem staatliche Pensionen, die Haupteinkommensquelle. Hier sprechen wir also von einer sehr großen Bevölkerungsgruppe. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass in allen EU-Staaten Altersarmut bekämpft wird und sich die Menschen ohne Sorgen zur Ruhe setzen können. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau hinsichtlich ihrer Pensionsansprüche ist mir hier ein Anliegen.

Bildungskurier: Wie wichtig ist dir das Thema Migration?

Heide: Wenn man bedenkt, dass das Thema am Stammtisch im Wirtshaus immer wieder auftaucht, ist es definitiv ein wichtiges Thema. Wir brauchen unbedingt eine gemeinsame europäische Lösung, daran führt kein Weg vorbei. Ich

habe oft das Gefühl, dass die ÖVP-FPÖ-Regierung aus taktischen Gründen versucht, eine Lösung zu verhindern. Für die rechten Parteien, die zerstörerische Tendenzen verfolgen, ist das ständige Reden über Probleme im Migrationsbereich von Vorteil. Denn damit können sie gut von den eigenen Schwächen und Problemen ablenken.

Bildungskurier: Einige Menschen befürchten, dass die Stärkung der Europäischen Union eine Vernachlässigung regionaler Interessen zufolge hat. Was kannst du dieser Vermutung entgegenhalten?

Heide: Regionale und EU-weite Interessen kommen sich meiner Meinung nach nicht in die Quere. Ich bin ein heimatverbundener Mensch und zugleich brenne ich für die europäische Idee. Als Bürgermeister aus dem Salzkammergut konnte ich immer wieder feststellen, wie beachtlich viele finanzielle Mittel aus EU-Programmen in unsere Region geflossen sind und welche innovativen Ideen auf diese Weise umgesetzt wurden. Es ist mir daher auch ein Anliegen, weitere Mittel lukrieren zu können und damit unsere Gemeinden in Oberösterreich weiterzuentwickeln.

„Mein Ziel ist es, dass wir ein Zeichen setzen; für die Sozialdemokratie und gegen den Rechtsruck in Europa.“

Bildungskurier: Was ist dein Ziel für das EU-Wahl-Ergebnis?

Heide: Mir ist es wichtig, dass die Menschen überhaupt zur Wahl gehen. Leider war das Interesse an der EU-Wahl bisher recht überschaubar. Wir müssen den Menschen vermitteln, dass es um eine richtungweisende Wahl geht, die unser aller Zukunft betrifft. Mein Ziel ist es, dass wir ein Zeichen setzen. Für die Sozialdemokratie und gegen den Rechtsruck in Europa.

Als Bürgermeister von Bad Ischl kennt Hannes Heide die Anliegen und Sorgen der Menschen. Am 26. Mai tritt er an, um bei der EU-Wahl eine starke Stimme für Oberösterreich zu sein.



Kein Wachstum ohne Zuwanderung

Nicht nur die Abwanderung aus ländlich-peripheren Räumen führt dazu, dass bestimmte Regionen in Europa kein Wachstum zeigen, sondern vor allem die fehlende Zuwanderung ist die Ursache dafür.

ELISABETH GRUBER

Während die europäischen Städte boomen – wachsende Einwohnerzahlen, inklusive überlasteter Wohnungsmärkte – sind viele periphere Regionen Europas zunehmend mit einem Bevölkerungsschwund konfrontiert. Der globale Standortwettbewerb führt zu einer Konzentration von Wirtschaftsstandorten und somit von Arbeitsplätzen. Ebenso sind Ausbildungsstätten vor allem auf Ballungszentren konzentriert, was die Mobilität junger Menschen beeinflusst.

Dank Migration im Gleichgewicht

Um das Phänomen der zunehmenden Konzentration des Bevölkerungswachstums auf Städte und Stadtumlandbereiche zu beschreiben, wird oftmals das Schlagwort Landflucht benutzt – dabei greift dieser Begriff aber zu kurz. So würden die meisten Regionen Europas auch bei fehlender Abwanderung einen Rückgang der Bevölkerung erleben, weil die natürliche Bevölkerungsentwicklung alleine nicht ausreicht, um ein Bevölkerungswachstum zu erzielen. In Österreich halten sich Geburten und Sterbefälle zwar in etwa die Waage, dennoch ist es die Migration, die dazu führt, dass die Gesamtbevölkerung des Landes stetig zunimmt und die Erwerbsbevölkerung stabil bleibt.

Wenig Chancengleichheit

Der Begriff Landflucht ist zudem problematisch, weil er freiwillig getroffene Wandermotive mit einer Zwangsmigration gleichsetzt. Migration beruht in den meisten Fällen auf dem Wunsch einer Besserstellung der eigenen Lebensumstände. Der Terminus Flucht hingegen suggeriert, dass es keine andere Möglichkeit für ein Überleben gäbe, als wegzugehen und krieert damit eine falsche Perspektive. Zwar sehen sich Gemeinden ländlicher Räume gegenüber den Ballungszentren oftmals in einer aussichtslosen Situation, der junge Menschen mit Flucht begegnen. Und tatsächlich zeigen einige periphere Räume auch hinsichtlich der Chancengleichheit Defizite gegenüber städtischen Räumen, die dringend erkannt und behoben werden müssen. Dennoch sind es nicht ausschließlich die fehlenden Arbeitsplätze, die zu einer Abwanderung führen, denn auch Regionen mit einer Vielzahl an Angeboten für Facharbeiter zeigen hierzulande teilweise einen Rückgang junger Bevölkerung.

Bedürfnisse erkennen

Regionen müssen daher den Fokus auf die Jungen richten und sich fragen, welche Bedürfnisse zu erfüllen sind, um ein attraktiver Wohnstandort zu sein –

DIE AUTORIN:

Elisabeth Gruber ist Geografin und Mitarbeiterin an der Universität Wien. Zu ihren Schwerpunkten zählen Migration, demografische Veränderungsprozesse und Raumentwicklung. Derzeit leitet sie ein Projekt zum Thema Jugendmigration am Institut für Geographie und Regionalforschung.



zum Beispiel hinsichtlich der Kinderbetreuung. Es sollten die Vorteile erkannt werden, die periphere Räume bieten, etwa im Bereich der Wohnraumverfügbarkeit oder der Lebensqualität. Dass Migration oft als einziger Ausweg gesehen wird das eigene Leben zu gestalten, hängt mit nicht erkannten Möglichkeiten zum Verbleib zusammen. Also mit der fehlenden Perspektive, den eigenen Lebensstil auszuleben.

Eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Bevölkerungsrückgangs in ländlichen Gebieten bedarf daher also in erster Linie einer neuen Perspektive, um Maßnahmen zu entwerfen, die jungen Menschen den Verbleib, aber auch die Zuwanderung ermöglichen. Dafür muss auch erkannt werden, dass Maßnahmen, die ausschließlich auf das Halten und Zurückholen der Bevölkerung ausgerichtet sind, in Zukunft nicht überall zu einem Wachstum der Bevölkerung führen werden.

Junge Menschen halten und Zuwanderung ermöglichen – das ist die neue Perspektive für ländliche Gemeinden.



Humanitäre Visa retten Leben

Europa sollte eines gelernt haben: Strengere Grenzkontrollen stoppen Immigration nicht. Es macht sie nur gefährlicher. Humanitäre Visa garantieren Schutz für beide Seiten.

REBECCA KAMPL

Die derzeitige Asylpolitik Europas hat schon viele Opfer gefordert. Tausende Menschen sind gestorben im Mittelmeer und gefangen im Niemandsland zwischen den Grenzen und in den Flüchtlingslagern. Im jesidischen Flüchtlingscamp Zakho ist Anfang des Jahres der dreijährige Khaled verbrannt. Im gleichen Zelt, in dem er geboren wurde, hat er sein ganzes Leben verbracht. Eine Österreich-Delegation hat dieses Flüchtlingslager im Nordirak vor vier Jahren gemeinsam mit dem EU-Abgeordneten Josef Weidenholzer besucht. Schon damals war alles in desolatem Zustand und die internationale Hilfe kommt heute noch stockend, manchmal gar nicht mehr an. Die Lage vor Ort ist eine humanitäre Katastrophe.

Flüchtlingslager am Limit

Die größten Flüchtlingslager Europas im griechischen Idomeni und im italienischen Mineo wurden wegen unhaltbarer Zustände geräumt, die Menschen auf kleinere Unterkünfte aufgeteilt. Sie sind zu monate- und jahrelangem Nichtstun verdammt, weil es keine schnellen und rechtssicheren Asylverfahren gibt. Kinder sind von den Gefahren und dem Leid besonders hart betroffen. In Moria, einem Lager in Lesbos, warnen ÄrztInnen vor immer mehr Fällen von Suizid, Selbstverletzung und auffälligem Verhalten unter den Kindern. Der psychische Druck, der auf ihnen lastet, ist enorm.

Wo bleiben die Hilfsgelder?

Der Auslöser der großen Fluchtbewegung von 2015 war die Kürzung

der internationalen Hilfsgelder für die Herkunftsregionen. Bis jetzt zeigt die Staatengemeinschaft kaum Zahlungsmoral. Österreich hat im Vorjahr keinen Cent an den UNHCR überwiesen. Viele Menschen werden erneut zur Flucht gezwungen, weil kein Essen, keine Schulbildung und keine Perspektiven in den Flüchtlingslagern geboten werden. Überlegungen wie die Einrichtung von Beteiligungsprojekten und selbstverwalteten Strukturen in den Lagern treten in den Hintergrund, obwohl gerade hier Europa eine große Rolle spielen könnte. Es geht um Hilfe und Wiederaufbau vor Ort.

Einreisen ohne Gefahr

Wer vor Krieg und Tod flüchtet, hat das Menschenrecht auf Schutz und Asyl. Die Genfer Flüchtlingskonvention ist eine rechtliche Verpflichtung für die EU-Mitgliedsstaaten. Derzeit gibt es keine einheitliche und gemeinsame Asylpolitik, wie sie das EU-Parlament seit Jahren fordert. Immigration wird es immer

DIE AUTORIN

Rebecca Kampl leitet seit 2011 das Büro von EU-Parlamentsabgeordneten Josef Weidenholzer und ist zuständig für den Justiz- und Innenausschuss.



geben und wir müssen Wege finden, sinnvoll damit umzugehen. Kurz vor dem Jahreswechsel hat das Parlament aber die gesetzliche Einführung von humanitären Visa in Auftrag gegeben. Schutzsuchende sollen dann direkt bei Konsulaten und Botschaften außerhalb Europas einen Antrag auf Asyl stellen können, ohne ihr Leben zu gefährden und sich in die Hände von Schleppern begeben zu müssen. Es wäre ein neues, menschliches Kapitel der europäischen Asylpolitik.



Überlastete Flüchtlingslager machen das Leid der Menschen nur noch schlimmer. Und viele Länder schauen zu – auch Österreich.

Ein Kurswechsel für Europa!

Wir stehen vor den wohl wichtigsten EU-Wahlen aller Zeiten. Am 26. Mai wird es um nicht weniger als die Zukunft der Europäischen Union gehen. Europas Rechtsaußenparteien wollen mit Geld und Unterstützung aus Russland die Zerstörung der Europäischen Union vorantreiben. Harald Vilimsky und Heinz-Christian Strache betonen seit Jahren immer wieder Sympathien für den Öxit, den Austritt Österreichs aus der EU. Ihre Verbündeten Salvini in Italien und Le Pen in Frankreich sprechen ganz offen vom Plan, Europa zu zerstören.

Aber Europa ist die größte Errungenschaft der Menschheitsgeschichte. Nach Jahrhunderten des Kriegs konnten wir uns in Europa auf eine gemeinsame Zukunft in Frieden und Sicherheit einigen. Das zu gefährden wäre verrückt und führt ins Chaos und in den wirtschaftlichen Niedergang, wie der Brexit eindrucksvoll zeigt.

Europas Konservative stehen dieser Entwicklung von Rechtsaußen lethargisch gegenüber, oder gießen selbst Öl ins Feuer des Nationalismus wie beispielsweise Se-

bastian Kurz und seine Regierung. Die einzige Alternative zu einem Europa, das im Sumpf des Nationalismus versinkt, ist die SPÖ. Wir wissen, dass Europa nicht perfekt ist, aber verbessern können wir die Europäische Union nur gemeinsam. Österreich alleine kann keine einzige der großen Zukunftsfragen, von der Digitalisierung, über den Stopp des Klimawandels bis zur Zukunft der Arbeit, lösen.

Nur wir haben ein Programm für ein ganz anderes Europa. Für ein Europa, das mehr Gerechtigkeit und Fairness ermöglicht. Ein Europa, das die wichtigen Probleme löst und sich nicht in unnötigen Detailregelungen verliert.

Das wichtigste Thema ist für mich der Kampf gegen die Ungleichheit in Europa. Es ist ungerecht, dass jedes Wirtschaftshaus, sowie alle ArbeitnehmerInnen und Selbständigen Steuern zahlen müssen, während sich die größten und reichsten Konzerne der Welt davor drücken. Es ist ungerecht, dass dieselben Konzerne davon profitieren, ArbeitnehmerInnen gegeneinander auszuspielen, indem sie Arbeitskräfte zu Billiglöhnen in andere Länder entsenden und dort die Löhne drücken. Diese Konzerne profitieren von einer industriellen Landwirtschaft, die immer stärker auf Pestizide setzt und spie-

DER AUTOR:

Andreas Schieder

ist geschäftsführender Klubobmann, Nationalratsabgeordneter und EU-Spitzenkandidat der SPÖ.



len ihre Macht mit einer Heerschar von Lobbyisten in Brüssel aus. Viel zu lange standen die Interessen dieser Konzerne im Mittelpunkt und nicht die Menschen.

Das müssen wir ändern und den sozialen Zusammenhalt fördern. Nur dann werden wir die Nationalisten zurückdrängen und die Begeisterung für Europa steigern. Dafür treten wir bei den EU-Wahlen ein. Für faire Konzernsteuern, für einen Stopp von Privatisierungen in Europa, für eine Landwirtschaft ohne Pestizide und für harte Strafen gegen alle, die Lohn- und Sozialdumping betreiben. Für ein Europa, das nicht im nationalistischen Sumpf versinkt, sondern den sozialen Zusammenhalt fördert. Gemeinsam können wir die EU und damit auch Österreich fairer, sozialer und gerechter gestalten.

Als Spitzenkandidat der SPÖ tritt Andreas Schieder für ein gerechteres Europa ein.



Fotos: Sebastian Philipp

Hohe Vermögensungleichheit schwächt die Demokratie

Die Vermögen sind in Europa sehr ungleich verteilt. Mehr als die Hälfte des gesamten privaten Vermögens im Euroraum ist in den Händen der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung.

GEORG HUBMANN

Reiht man alle Haushalte in den Euro-Ländern nach ihrem Vermögen auf, so besitzt statistisch gesehen der Haushalt genau in der Mitte ca. 100.000 Euro. Der Haushalt an der Grenze zu den untersten zehn Prozent hat nur 1.000 Euro, während der Haushalt an der Grenze zu den obersten zehn Prozent etwa 500.000 Euro besitzt.

Vermögensungleichheit nimmt zu

Der Ökonom Thomas Piketty zeigt, dass seit den 1980ern die Konzentration der Vermögen in den Händen der obersten zehn Prozent im Euroraum stark zunimmt – wenn auch weniger als in den Vereinigten Staaten. Die Vermögenden profitierten in allen Euroländern von der Deregulierung der Märkte, Privatisierungswellen, der Orientierung am Shareholdervalue sowie dem internationalen Steuerwettbewerb und den Steuersümpfen.

Ungleichheit und Sozialstaat

Die Höhe des privaten Vermögens und die Einkommen unterscheiden sich zwischen den Ländern des Euroraums deutlich, die Reihenfolge ist jedoch unterschiedlich: Tendenziell ist das Vermögen der mittleren Haushalte in südeuropäischen Ländern wie Malta, Zypern, Spanien, Italien, aber auch in Frankreich, Belgien und Luxemburg höher als in Deutschland oder Österreich. Dafür gibt es strukturelle Gründe: Denn der mittlere Haushalt in Deutschland und Österreich besitzt anders als in den genannten Ländern kein Wohnungseigentum. Das liegt an unterschiedlichen Systemen bei den

Wohlfahrtsstaaten, etwa was den sozialen Wohnbau, Pensionen oder das Gesundheits- und Bildungssystem betrifft. Klar ist aber: Ein Rückbau des Sozialsystems führt nicht zu höherem privaten Vermögen, sondern reduziert in erster Linie die Lebensqualität für die Mehrheit der Menschen.

Ungleichheit durch Erbschaften

Viel relevanter und aussagekräftiger ist deshalb die Verteilung innerhalb der Länder. Dabei zeigt sich: Die Ungleichheit ist auch hier sehr hoch. Der Gini Koeffizient ist ein Maß für die Ungleichheit. Je näher dieser bei Eins liegt, umso ungleicher ist die Verteilung. Unter den Euro-Ländern liegen die Werte zwischen 0,49 und 0,76. Deutschland und Österreich stehen dabei an der Spitze der Vermögensungleichheit. Weitere Gründe für die Unterschiede im Privatvermögen zwischen den Ländern liegen in den unterschiedlichen Haushaltsgrößen, aber auch in Immobilienpreisblasen und unterschiedlichen historischen Entwicklungen.

DER AUTOR:

Georg Hubmann ist Sozialwissenschaftler und leitet das Marie Jahoda – Otto Bauer-Institut. www.jbi.or.at



Gefahr für die Demokratie

Die Ökonomen Martin Schürz und Pirmin Fessler zeigen in einer Studie, dass neben der Rolle von Erbschaften vor allem die Unterschiede im Sozialstaat besonders relevant sind. „Eine hohe Konzentration von Privatvermögen in den Händen der Superreichen kann zu ökonomischen Ungleichgewichten führen, den sozialen Zusammenhalt untergraben, und demokratische Prinzipien bedrohen.“ Independent Annual Growth Survey (2018)

Deshalb ist die Wahl zum Europäischen Parlament entscheidend: Europa braucht Zusammenhalt und Solidarität für mehr Lebensqualität.



Vermögensungleichheit in Europa ist eine Tatsache. Mehr zur Vermögensverteilung gibt es hier: <http://jbi.or.at/fuer-die-vielen-nicht-die-wenigen/>

Es braucht eine neue Definition von Männlichkeit

Männliche Gewalt gegen Frauen ist ein komplexes Thema, das nicht auf fremdenfeindliche Agitation reduziert werden darf.

LAURA WIESBÖCK

„Gewalt gegen Frauen ist von Flüchtlingen importiert“ – diese Aussage hört man in Österreich von rechtspopulistischer Seite immer wieder in unterschiedlichen Variationen. Wenn es nur so einfach wäre. Statt das Thema politisch zu instrumentalisieren, um fremdenfeindliche Agenden zu befördern, wäre es wichtig, darüber zu reden, wieso viele Buben und Männer in unserer Gesellschaft darauf konditioniert sind, Gewalt als Lösung ihrer Probleme oder Ängste zu betrachten. Wie kommt es eigentlich dazu?

Dahinterliegende Gefühle

Eine der Arten, wie wir Gewalt verstehen können, ist, dass es eine äußere Manifestation eines inneren Schmerzes ist. Darunter versteht man etwa eine tiefe, unerfüllte Sehnsucht nach Verbindung, die zu Verzweiflung und Wut führen kann. Denn gemäß den gesellschaftlichen Erwartungen und Normen sollen Männer nur bestimmte Emotionen erleben und ausleben. Ärger und Wut sind akzeptierte und erwartete Formen ihres emotionalen Ausdrucks, ganz im Gegensatz zu Leid und Vulnerabilität (Verwundbarkeit).

Neben einer Form von Schmerz ist Gewalt auch ein Mittel, um etwas zurückzuerobern, von dem Männer glauben, dass sie darauf Anspruch haben. Darunter fallen sogenannte „Beziehungstaten“, bei denen Täter ihren (Ex-)Partnerinnen physischen Schaden zufügen. Es geht um eine Anspruchsberechtigung, die Männer auf Frauen zu haben

glauben, auf Flirten, auf Beziehung, auf Sexualität. Und diese ist der wirkliche Kern des Problems, nicht die Kränkung. Frauen sind auch gekränkt, wenn sie verlassen werden, bringen aber deswegen den Mann nicht um.

Frauen als Objekte

Befördert werden jene Anspruchsbeziehung und Gewalt mitunter durch massenmedial dargestellte Geschlechterrollen und Ideale von Schönheit, die Frauen objektivieren. Frauen werden häufig als sexuell verfügbare Objekte dargestellt, die man erwerben und besitzen kann: Die Frau als willenslose, gefügige Ware, die man mit einer bestimmten Biersorte oder einem Parfum dazu bekommt. Das weckt Erwartungen und Anspruchsgelüste. Laut der Medienpsychologin Jean Kilbourne führen diese Bilder unweigerlich zu einer Normalisierung sexueller Übergriffe. Sie argumentiert, dass derartige Bilder zwar nicht direkt Gewalt gegen Frauen verursachen, aber ein Klima schaffen, in dem Frauen als Dinge gesehen werden. Und einen Menschen als ein Ding zu betrachten ist fast immer der erste Schritt dafür, Gewalt zu rechtfertigen.

Weibliche Unversehrbarkeit

Dass sexuelle Übergriffe normalisiert werden, drückt sich auch in Praktiken von Victim Blaming aus. Körperliche und seelische Unversehrbarkeit von Frauen wird im öffentlichen Diskurs nicht als Recht, sondern als Privileg behandelt, auf das sie aufpassen müssen, da sie sonst die Quittung präsentiert

DIE AUTORIN:

Laura Wiesböck

ist Soziologin an der Universität Wien und forscht zu sozialer Ungleichheit. Ihre Arbeiten wurden u.a. mit dem Theodor Körner Preis und dem Bank Austria Forschungspreis ausgezeichnet.



bekommen. Diese „Message“ wird von obersten Instanzen vermittelt, etwa von einem deutschen Polizeipräsidenten, der

„Körperliche und seelische Unversehrbarkeit von Frauen wird im öffentlichen Diskurs nicht als Recht, sondern als Privileg behandelt.“

Frauen im November 2018 öffentlich den Ratschlag erteilte: „Macht euch nicht wehrlos mit Alkohol oder Drogen“. Dabei stellen sich eindringliche Fragen: Haben Frauen nicht ebenso ein Recht auf Kontrollverlust, Rausch und Exzess, ohne dass ihre Wehrlosigkeit für einseitige sexuelle Gelüste benutzt wird? Warum leben wir immer noch in einer Gesellschaft, in der es die Aufgabe der Frau ist, keine Geschä-

digte von sexueller Gewalt zu werden? Warum wird in einem derartigen Übermaß auf die Pflichten der (potenziellen) Opfer verwiesen? Wie kommt es dazu, dass die Täterrolle im Gegenzug kaum thematisiert wird?

Gewaltprävention

Den Fokus auf Frauen zu legen, wird uns hinsichtlich der Prävention von Gewalt nicht viel weiterbringen. Wir sollten uns also mehr mit der (potenziellen) Täterrolle beschäftigen: Sind Übergriffe dann vielleicht nicht doch vermeidbar? Etwa durch mehr Vorsicht und Umsicht und Zurückhaltung – nicht vonseiten der Frauen, sondern vonseiten von Männern? Wie verhält man sich als Mann in unangenehmen Gruppensituationen, in denen sexuelle Übergriffe verharmlost werden? Was tun, wenn man mitbekommt, dass ein anderer Mann es darauf anlegt, eine betrunkene Frau für seine sexuellen Interessen zu benutzen? Und allgemein: Woher kommt das Bedürfnis nach sexuellen Machtdemonstrationen und der Lust nach Erniedrigung? Warum finden so viele körperliche, emotionale und verbale Übergriffe von Männern gegenüber Frauen und Mädchen, so wie auch gegenüber Männern und Buben

statt? Welche Rolle spielen die Familienstrukturen, die Sportkultur, religiöse Überzeugungen oder Massenmedien dabei, derartige Verhaltensweisen zu produzieren?

Vulnerabilität zulassen

Wenn wir Männlichkeit in eine gesunde Identität verwandeln wollen, die nicht auf der Unterwerfung von Frauen beruht, müssen wir verstärkt Bewusst-

„Buben muss schon sehr früh beigebracht werden, dass Mädchen keine Trophäen sind, sondern Mitmenschen.“

sein schaffen und Vorbildwirkung forcieren. Buben muss schon sehr früh beigebracht werden, dass Mädchen keine Trophäen sind, sondern Mitmenschen. Sie müssen lernen, dass es stark sein kann, die eigenen verletzlichen Emotionen zuzulassen, dass es menschlich ist,

empfindsam zu sein. Jungen Männern muss vermittelt werden, dass sexuelle Ablehnung nichts mit Versagen zu tun hat und Frauen nicht dafür da sind, die Bedürfnisse von Männern zu erfüllen. Das Ziel muss sein, dass als schwach und unmännlich gilt, wenn man es nötig hat, eine Frau zu demütigen oder gar zu verletzen, um sich selbst gut zu fühlen.

Auch intime Gespräche zwischen Männern sind wichtig, um sich regelmäßig zu öffnen, Verletzlichkeit zu praktizieren. Männer neigen dazu, emotionale Traumata für sich zu behalten oder weibliche Unterstützung zu suchen. Sie fühlen sich oft zerrissen zwischen dem Männlichkeitsdruck und dem Wunsch, Gefühle zu zeigen und zu empfangen. Diese Belastungsprobe wäre vermeidbar.

Deshalb ist es im Sinne aller Gesellschaftsmitglieder, an einer neuen Definition und Repräsentation von Männlichkeit zu arbeiten, die weniger Leid produziert.

Das sexualisierte Bild, das in der kommerzialisierten Öffentlichkeit von Frauen gezeichnet wird, schafft ein Klima, das in der Realität zu Abwertung und Gewalt führen kann.



SPÖ Bildung

SPÖ Winter-Info zur BVT Affäre

Die beiden Mitglieder des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur BVT Affäre, NR Jan Krainer und NRin Sabine Schatz, informierten das interessierte Publikum im Jänner über die Hinter- und Abgründe rund um die Hausdurchsuchung beim österreichischen Geheimdienst. Diese Affäre

offenbart nicht nur ein fehlendes Demokratieverständnis der türkisblauen Regierung, sondern ebenso den Willen, die eigenen Interessen brachial und am Rande der Legalität durchzusetzen. Krainer und Schatz vermittelten in ihrer Darstellung somit auch ein befremdliches Sittenbild der türkisblauen Elite.



Landesbildungsvorsitzender Bernd Dobesberger mit NRin Sabine Schatz und NR Jan Krainer.



NR Jan Krainer und NRin Sabine Schatz informieren über die BVT Affäre.

Sozialistische Jugend OÖ

Fluchtursachen bekämpfen heißt Waffenexporte stoppen!

„Die Themen Flucht und Asyl sind ein Dauerbrenner in Österreich. Wie mit geflüchteten Menschen umzugehen ist, wird täglich diskutiert. Über Ursachen, warum es überhaupt zu Kriegen kommt und warum Menschen flüchten müssen, diskutiert leider niemand“; kritisiert Nina Andree, Vorsitzende der SJOÖ und EU-Kandidatin.

Einen Hauptgrund für blutige Konflikte sieht die SJ in Waffenexporten, bei denen sich auch österreichische Unternehmen in Millionenhöhe beteiligen. Trotz klarer Gesetze genehmigen Ministerien Waffenexporte an Länder, die in Kriege verwickelt sind oder Menschenrechte nicht achten. Immer wieder tauchen diese Waffen später auch in den Händen von Terrorgruppen auf.

„Genau diese Waffen verschärfen die Gewalt in den Krisenregionen und zwingen Menschen zur Flucht“, so Andree. Waffen in Wert von Millionen wurden in den letzten Jahren an Staaten wie Saudi-Arabien, Iran, Türkei oder Irak exportiert. „Es braucht EU-weit eine schwarze Liste und ein striktes Exportverbot an solche Länder!“



Drastische Demonstration der SJ: Waffen töten, Waffenexporte verschärfen Konflikte und tragen zu Fluchtbewegungen bei.

SPÖ Bildung/Sozialdemokratische LehrerInnen Österreich

Jahresabschlussfeier

Die Jahresabschlussfeier 2018 fand im Linzer „Central“ statt, das dieses Mal nicht so sehr dem ehemaligen Kino-Charakter entsprach sondern zur Theaterbühne mutierte. Über 120 FunktionärInnen und BildungsaktivistInnen aus ganz Oberösterreich waren gekommen, um das politisch-kulturelle-kulinarische Programm zu genießen. Auf der Bühne glänzten die Schauspielerinnen und Schauspieler des Gusentheater Gallneukirchen mit feingearbeiteten Szenen des bairischen Kabarettisten Gerhard Polt. SPÖ Vorsitzende Landesrätin Birgit Gerstorfer, Landesbildungsvorsitzender Bernd Dobesberger und SLÖ Vorsitzender

Franz Turek gaben Rückblicke auf ihre jeweiligen Arbeitsfelder und skizzierten die künftigen Aufgaben und Herausforderungen. Musikalisch brachte uns das Duo Ritva in beste vorweihnachtliche Stimmung. Beim kulinarischen Angebot schließlich wurde von den Gästen reger Austausch und wertvolle Vernetzung betrieben. Ein rundum gelungener Abend!

Volles Haus bei der Jahresabschlussfeier der Landesbildungsorganisation.



SPÖ Bildung/OÖ Gesellschaft für Kulturpolitik/Jahoda-Bauer-Institut

12. Februar 1934

Wie bereits in den Vorjahren hat auch heuer die oberösterreichische SPÖ-Bildung mit der Gesellschaft für Kulturpolitik und dem Jahoda-Bauer-Institut im „Central“ den Jahrestag der Februarkämpfe 1934 gestaltet.

Im Fokus dieser Sonntags-Matinee standen nicht die Geschehnisse des 12. Februar vor 85 Jahren, in erster Linie wurden die illegalen Widerstandsaktivitäten der verbotenen und verfolgten Arbeiterbewegung zwischen 1934 und 1938 in den Mittelpunkt des Programms gestellt. Die knappe Erzählung der historischen Ereignisse wurde dabei durch das Lesen von Zeitdokumenten illustriert. Polizei- und Gerichtsprotokolle wurden ebenso präsentiert wie Berichte von Widerstandskämpfern oder historische Flugblatttexte.



Foto: Reinhard Winkler / gfkoo

Landesbildungsvorsitzender Bernd Dobesberger gestaltete die Februar-34-Matinee aktiv mit.

Karl Renner Institut OÖ

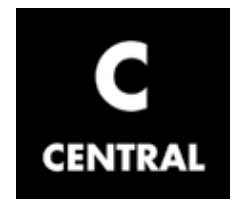
Campaigning Europe: Ideen, Skills und Motivation für den EU-Wahlkampf 2019

100 motivierte TeilnehmerInnen fanden sich am 8. Februar in den Jägermayrhof in Linz ein. Alle mit derselben Mission: Eine erfolgreiche EU-Wahl am 26. Mai zu schlagen. Nach den Grußworten von LPV Birgit Gerstorfer erläuterte MEP Josef Weidenholzer die aktuelle Lage der EU, und welche Herausforderungen uns erwarten. Der Rechtsruck in der Staatengemeinschaft sowie der Austritt Großbritanniens waren dabei wichtige Punkte. Die Wahl wird für die Sozialdemokratie eine richtungsweisende sein. Doch, wie lässt sich die Idee von einer gemeinschaftlichen, gerechten und sozialen Europäischen Union verbreiten und gut vermarkten?

In fünf Workshops zu den Themen Storytelling, politische Streitgespräche gewinnen, Social-Media, Aktionismus und Hausbesuche sowie erfolgreiche Umsetzung von Kampagnen wurde den BesucherInnen das nötige Rüstzeug mitgegeben. Abgerundet wurde der Abend durch einen „EU-Talk“ mit der Delegationsleiterin der Europa-SPÖ Evelyn Regner und dem oö. Spitzenkandidaten Hannes Heide.



„EU-Talk“ mit der Delegationsleiterin der Europa-SPÖ Evelyn Regner und dem oö. Spitzenkandidaten Hannes Heide.



DIE FILMREIFE KULISSE IN LINZ

Eben noch direkt auf der pulsierenden Landstraße und keine zehn Schritte weiter in einer echten Großstadtoase: Das Central besticht trotz der verkehrsgünstigen Lage durch sein ruhiges und entspanntes Flair.

www.centrallinz.at

office@centrallinz.at | +43 5 7726 1199 | Landstraße 36

Folge uns auf Facebook & Instagram!  

© Reinhard Winkler